

# Der Steinmetze

## Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetze Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig  
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C  
Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 6 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 21

Sonnabend, den 27. Mai 1922

26. Jahrgang

### Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr-, Streik-, Zuzug fernhalten“, in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingibt, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

**Laufende Notizen unter: „Sperr-, Streik-, Zuzug fernhalten“**, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

#### Sperrt:

In **Bremen** die Grabsteingeschäfte: Berger und Traupe, S. Niesel, Kurt Winter, Ermischeel, Eggert, Fr. Wachsmuth, Wehrt und Co. In **Lauterbach** das Grabsteingeschäft von Stange. In **Wismar** (Schles.) Firma Robert Ende. Sämtliche Betriebe in **Oldenburg**. In **Grimma** das Grabsteingeschäft Goede und Schille. In **Herdecke** der Betrieb Buchmayer. In **Jena** die Grabsteingeschäfte von Ebert und Meyer.

#### Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr- und Streik von **Waldburg** (Schlesien) Betrieb Berner und Sohn. Von **Offriedland** (Emden, Aurich usw.). Von **Thüste** b. **Esfershausen** (Firmen A. Schlöder und Heint. Göddke. Von **Frankfurt a. Oder.** Von **Bürgstadt** (Betrieb Firma Holzmann). Von **Steinmehren** nach **Essen** (Grabsteingeschäfte).

#### Erlebte Bewegungen.

**Ruhmannsfelden.** Streik mit Erfolg beendet.  
**Cunewalde.** Der Streik bei der Firma Hohmann und Petzschke ist beendet; für diesen Betrieb gelten nunmehr die gleichen Lohnsätze wie im demtlicher Tarif festgelegt.  
**Bezirk Bayerischer Wald.** Durch die am 18. Mai in Regensburg gepflogenen Verhandlungen wurden für alle Kollegen des B. Waldes die gegenwärtige Teuerungszulage ab 11. bzw. 12. Mai von 1200 auf 1550 Prozent erhöht. Für die baharischen Schotterarbeiter wurde durch die gleiche Verhandlung eine Erhöhung der Teuerungszulage ab 4. bzw. 5. Mai von 1650 auf 1950 Prozent erreicht.  
**Kassel.** Streik beendet, Stundenlohn für Steinmetzen vom 4. Mai an 26.30 M.  
**Frankfurt a. M.** Der Stundenlohn für Schleifer und Steinmetzen wurde auf 24 M. festgesetzt. Damit ist der Streik in der Marmor- und Grabmalbranche erledigt.  
**Crailsheim und Satteldorf.** Stundenlohn für Steinmetzen 21.50 M., Brecher 18.20 und 19 M.

### Vom Verbandstag.

Am Montag, dem 22. Mai, traten die Delegierten im Gartenfaal des Leipziger Volkshauses zur Tagung zusammen. Der Saal ist voll besetzt und von den Kollegen am Ort sehr nett dekoriert. Im Namen der Zahlstelle Leipzig begrüßte deren Vorsitzender Kollege Fr. Heine die Tagung, streifte kurz die Vorgänge, die zur Vernichtung und zum Wiederaufbau des Leipziger Volkshauses führten und dankte als Vertreter der Leipziger Arbeiter für die tatkräftige Mithilfe der Steinmetze. Heine wies in kurzen Zügen auf den Werdegang des Verbandes hin, dessen Wiege in Leipzig stand. Er hoffte, daß die Delegierten und Gäste sich während der wenigen Tage des Beisammenseins wohl fühlen und wünsche den Beratungen besten Erfolg. Der Verbandsvorsitzende, Kollege Windler, begrüßte dann im Namen des Vorstandes die Gäste und Delegierten, und sagt: „Wohl keiner der seit Bestehen der jetzigen Verbandsform erlebten Verbandstage hat vor einer so wichtigen Entscheidung wie der jetzige gestanden. Handelt es sich doch um Sein oder Nichtsein des Verbandes, um die Beibehaltung unserer bisherigen Selbstständigkeit oder um das Aufgehen unserer Organisation in einem größeren Verbandsverband. Als vor 20 Jahren, im Jahre 1902, in Leipzig die heutige Verbandsform gegründet wurde, handelte es sich darum, der losen Organisationsform eine straffere Gestaltung zu geben. Unter hervorragender Mitwirkung meiner beiden Vorgänger, Raul Starke und Alois Staudinger, und der auch auf dieser Tagung anwesenden Kollegen Gläner, Müller, Siebold und Waltherr, ist dieses organisatorische Werk damals zustande gekommen. Ich will nicht versäumen, an dieser Stelle auf den ungeheuren Verlust hinzuweisen, der uns durch das frühe Ableben unseres Freundes und Führers Alois Staudinger entstanden ist, der ein ungewöhnliches Maß von Wissen und Können in sich vereinigte. Wir werden dem teuren Toten ein dauerndes Andenken bewahren. Kollege Starke weist zu unserer Freude zwar noch unter den Lebenden, und nimmt als Gast an der Tagung teil, doch haben ihn das Alter und sonstige unglückliche Umstände hinweg, seine Verbandsstätigkeit aufzugeben, für welche auch ihm an dieser Stelle gedankt sei.“

Hat nun die damals geschaffene straffere Organisation gehalten, was sie versprochen? Ich glaube, diese Frage ohne weiteres bejahen zu können. Unser Mitgliederstand ist in dieser Zeit von 8000 auf 48 000 gestiegen, und auch der Einfluß auf die Unternehmer und Behörden ist in gleichem Maße gewachsen. Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit ist trotz der kolossalen Geldentwertung ungechwächt, und wir können wohl sagen, daß die Interessen der Kollegen im Laufe der beiden Jahrzehnte im ständigen Kampf besser gewahrt wurden als dies bei der früher bestandenen losen Organisationsform möglich war. Auf dem Oser Kongreß im Jahre 1897 führte der damalige Vorsitzende des Verbandes mit Stolz aus: „Wir sind heute bereits so weit, daß wir Kleinstreiks ohne jede fremde Hilfe ausfechten können.“ Heute können wir ohne Heberhebung sagen, daß wir trotz des durch den Krieg erlittenen Rückschlages auch größeren Kämpfen gewachsen sind. Heute, wie damals, vor 20 Jahren, haben wir uns zusammengefunden, um Mittel und Wege zu suchen, welche die Leistungsfähigkeit unserer Organisation erhöhen. Ein Teil unserer Verbandsmitglieder ist der Ansicht, daß sich die Leistungsfähigkeit unseres Verbandes innerhalb der bisherigen Form nicht mehr steigern lasse, sie erwarten Hilfe von außen. Ihnen gegenüber steht der andere Teil der Mitglieder, der den Glauben an die eigene Kraft noch nicht verloren hat, und auf der Seite dieser Kollegen steht auch der gesamte Zentralverband sowie der Verbandsausschuß. Dem Mutigen gehört die

Welt, nur wer sich selbst aufgibt, hat nichts mehr zu erwarten! Wie die Meinungen über diese Frage auch auseinandergehen mögen, wir werden auf dem gegenwärtigen Verbandstage einen Weg finden, der uns zusammenführt. Denn einig sind wir ja in dem Bestreben, die besten Mittel und Wege anzuwenden, um den Aufstieg der Steinmetze zu beschleunigen, nicht um unsern Berufscollegen gegenüber der Gesamtarbeiterchaft besondere Vorteile zu verschaffen, sondern um im Gleichschritt mit ihnen an den Errungenschaften der Kultur teilzunehmen.

Die Konstituierung des Verbandstages ergibt als Verhandlungsleiter die Kollegen Windler und Gläner. Zu Schriftführern werden bestimmt die Kollegen Müblius (Casselerode) und Linß (Steinach), in die Mandatsprüfungskommission: Weidenhammer, Nollwagen, Opfer, Wolf, Knopp und Kettner. Die Statutenberatungskommission bilden: Müller, Sieben, Zippel, Wirth, Dreier, Schreiber, Seibel; die Wahl- und Beschwerdekommision: Neumann, Gegennagel, Gadauf, Lehner, Fuchs, Wagner, Kehl. Darauf erganz Windler den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht:

„Wie üblich, sind die Delegierten des Verbandes nach zweijähriger Tätigkeitsperiode zusammengetreten, um über das Wohl und Wehe des Verbandes zu beraten, über das Wehe in kritischem, über das Wohl in besserndem und aufbauendem Sinne. Verdes muß in ausreichendem Maße geschehen. Nur durch das Erkennen der gemachten Fehler, nur durch Eingeständnis der Begehungs- und Unterlassungssünden der Vergangenheit sind wir in der Lage, aus ihnen die Lehren für die Zukunft zu ziehen. Das gilt aber nicht nur für den Zentralverband, von dem ein Artikelschreiber im „Steinmetze“ mit Freuden schreibt, daß er wieder einmal auf das arme Sünderbänkchen zu sitzen kommt, sondern dies gilt für alle Delegierte, auch für alle Mitglieder. „Das sind die Weisen, die durch Irrtum zur Wahrheit reifen, die im Irrtum verharren, das sind die Narren.“

Bei allen Maßnahmen war sich der Zentralverband bewußt, daß sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Befriedigung der Mitglieder von den Kollegen auch als solche anerkannt worden wären, die oft unter den schwersten Bedingungen zustande gekommen sind, wurden gegenstandslos, wirkungslos, da sie durch die neu eingetretenen Teuerungsberechnungen bereits wieder überholt waren. Diese Erfolge lösten in der Regel statt Befriedigung größte Inngutriedenheit, nicht selten sogar Empörung aus. Schuld daran waren nicht die Kommissionsmitglieder, die mit Anwendung aller Energie für das Wohl der Kollegen eingetreten waren, sondern die ungünstigen Verhältnisse, die stärker sind als der Wille einzelner Personen. Auch der politische Standpunkt dieser Personen kann an den Verhältnissen gar nichts ändern. Es liegen Erfahrungen vor, daß trotz der Teilnahme radikalster Kollegen an den Verhandlungen kein besseres Ergebnis zu erzielen war, ja nicht selten zeigte sich auch, daß Kollegen, die in den Verhandlungen den größten Mund hatten, bei Verhandlungen äußerst feilhaft gewesen sind. Es wird daher die Beurteilung der in Betracht kommenden Personen nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorzunehmen, sondern nur die gewerkschaftliche Tüchtigkeit als maßgebend anzusehen sein. Der inzwischen von der Zahlstelle Fürstenein zurückgezogene Antrag hatte nur einen Sinn, als es noch eine einige sozialistische Partei gab. Nachdem die Spaltung erfolgt ist, wäre es verkehrt, sich in die Abhängigkeit einer politischen Partei zu begeben. Solange die Wiedervereinigung der sich streitenden politischen Arbeiterparteien nicht erfolgt ist, muß an der Unabhängigkeit der Gewerkschaften festgehalten werden. Der Kampfcharakter der Gewerkschaften kommt nach außen um so wirksamer zur Geltung, je mehr der Nichtigungsstreit der Parteien in den Gewerkschaften zurückgedrängt wird.

Die rapide Geldentwertung warf alle unsere Maßnahmen glatt über den Haufen. Eine Teuerungswelle überflutete die andere, aus Lohnbewegungen kamen wir nicht heraus. Es ist das tragische Geschick der durch den verlorenen Krieg eingetretenen Umwälzung, daß sie in die Zeit völliger Verarmung unseres Volkes fiel, und den gänzlichen Zusammenbruch des Staates befürchteten ließ, eine Gefahr, die trotz Genus auch jetzt noch nicht behoben ist. Ein Staat, welcher ständig um solche bloße Existenz kämpfen muß, ist außerstande, die soziale Lage des Volkes zu heben. Doch selbst, wenn es möglich wäre, wachen die Ententekommissionen darüber, daß dies nicht in höherem Maße geschieht als es in den Siegerländern der Fall ist. Der Krieg mit den Waffen ist vier Jahre vorüber, und der Wirtschaftskrieg wirkt noch immer in der verheerendsten Weise.

Angeichts solcher Zustände konnte das Programm meines so früh verstorbenen Vorgängers nicht viel weiter geführt werden. Das gleiche gilt von den auf dem Verbandstag in Würzburg dem Statut einverleibten neuen Aufgaben, deren Erfüllung erst möglich sein wird, wenn die noch immer im Fluß befindlichen wirtschaftlichen Verhältnisse etwas stabiler geworden sind. Es ist müßig, den bestehenden Aufgaben neue hinzuzufügen, oder ihnen einen andern Wortlaut zu geben. Ich bitte daher, die Anträge 34 Berlin und 35, 36 Stuttgart abzulehnen.

Ueber die neuen Aufgaben der Gewerkschaften besteht übrigens recht viel Unklarheit. Wir haben weniger über einen Mangel an Rechten, als eine mangelhafte Ausnutzung derselben zu klagen. Zweitens besteht unsere Aufgabe darin, die Sozialisierung vorzubereiten, sie ist abhängig von der Stärkung und Erringung der wirtschaftlichen und politischen Macht. Die Vorbedingung der Stärkung unserer Machtverhältnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete ist die Einführung der Arbeiter in die Betriebs- und Staatswissenschaften, ihre Erziehung zur Solidarität. Die soziale Betriebsweise bedingt eine solidarische Reife. Bevor die demoralisierende Wirkung des Krieges nicht überwunden ist, kann eine Sozialisierung keinen dauernden Bestand haben.

Wieweit wir den Gegenwartsaufgaben gerecht geworden sind, zeigt der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht. Er schließt ab mit dem 31. Dezember v. J. Inzwischen hat sich vieles geändert und überholt, allem voraus eilte die Teuerung. Die Spannung zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten ist noch größer geworden als vorher. Lohnkämpfe sind daher auch in Zukunft unausbleiblich. Die finanzielle Stärkung unseres Verbandes ist daher das Hauptverdienst, dem unser Verbandstag Rechnung zu tragen hat. Die Parole „ein Stundenlohn gleich dem Wochenbeitrag“, muß zum Allgemeingut unserer Kollegen werden. Aber nicht nur die Beitragsleistung, Opferwilligkeit für den Verband ist ausschlaggebend für seine Stärke, sondern auch die Teilnahme an dem Verbandsleben, die Fühlungnahme mit den Verbandsgeschäften muß

eine engere, innigere werden. Es muß ein regerer Verkehr zwischen den Zahlstellen und den Gauleitungen, dem Zentralvorstand eintreten, als es bisher der Fall gewesen ist. Auch dem bisherigen Mangel der besseren Ausfüllung der vom Zentralvorstand herausgegebenen Fragebogen muß im Interesse einer einwandfreien Statistik abgeholfen werden. Wie kann die Zentrale mit den Mitgliedschaften in Fühlung bleiben, wenn die an die Zahlstellen hinausgehenden Fragebogen nicht ordnungsgemäß ausgefüllt werden. Bei der Zusammenstellung der Betriebe und der Beschäftigten haben 41 Zahlstellen nicht berichtet. Die Zahlstellen sind im gedruckten Bericht hervorgehoben, um als abschreckendes Beispiel zu dienen. Wenn die Beibringung des benötigten Materials auch schwierig ist, so darf keine Mühe gescheut werden, um es zustande zu bringen. Daß es unsere Funktionäre, namentlich die unbesoldeten, äußerst schwer haben, die Verbandsgeschäfte zu erledigen, ergibt sich schon aus der Weiterverweigerung der Betriebe. Ganz besonders schlecht war die Beteiligung der Kollegen an der Arbeitslosenstatistik. Auf diese müssen die Kollegen in Zukunft ganz besonders großen Wert legen, wenn es uns möglich sein soll, die in den einzelnen Bezirken überflüssigen Arbeitskräfte in andern Bezirken unterzubringen.

Der Redner erwähnt noch den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft. Ob derselbe zum Nutzen der Kollegenschaft war, will er dahingestellt sein lassen. Vielleicht hat der Austritt dadurch zur Beschleunigung des Zustandekommens des Reichsarbeitsvertrages für die Werkstein-, Marmor- und Grabmalbranche geführt. Andererseits ist aber unser Einfluß in der Industrie der Kalksteingewinnung äußerst geschwächt und zum Teil völlig ausgeschaltet worden. Diejenigen Kollegen, welche mit den Tarifkontrahenten in dieser Industrie zu konfurrieren haben, können ein Lied davon singen. Für mich ist dieser Umstand ein Beweis dafür, daß die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft keine Frage von prinzipieller Bedeutung, sondern von solcher der Taktik ist. Die Betonung bei dem Worte Arbeitsgemeinschaft darf nicht auf Gemeinschaft gelegt werden, tut man dieses, so kann man allerdings leicht zu der Annahme einer Interessengemeinschaft kommen. Soweit gemeinsame Interessen vorhanden sind, würden wir den Kollegen gegenüber unsere Pflicht verletzen, wenn wir sie nicht wahrnehmen würden. Dieses ist zum Beispiel der Fall, wo es sich um die Hebung der Industrie dreht, zum Beispiel im Reichsausfluß für Friedhof und Denkmal in der Wahrung der Industrieinteressen gegenüber dem Auslande; ferner in der Wahrung der Volks- und Staatsinteressen gegenüber der Industrie, wozu uns durch unsere Beteiligung in der Außenhandelsstelle die Möglichkeit gegeben ist. Die Beteiligung an den Wirtschaftsparlamenten ist so notwendig, wie die an den politischen Parlamenten, sie dient unserer Einführung und Information in die Verwaltungstechnik, und unsere Selbstauskunft aus diesen wichtigen Wirtschaftskörpern würde nur den Gegnern, den Unternehmern, zum Vorteil gereichen.

Zum Schluß verweise ich noch auf die Bestrebungen der Vereinheitlichung der Mitgliedsbücher und Statuten aller freien Gewerkschaften. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist beauftragt, die Vorarbeiten hierfür zu betreiben. Der Erfolg auf diesem Gebiete wird nicht nur einen verwaltungstechnischen Fortschritt bringen, sondern die Stärkung des Bundes im Gefolge haben. Die Vereinheitlichung des Gewerkschaftswesens wird ein innigeres Zusammenarbeiten der Gewerkschaften innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Folge haben und den Bund zu einem unüberwindlichen Machtfaktor gestalten, dessen Willen auch die jetzt herrschenden Klassen respektieren müssen. Windler ersucht, an dem Geschäftsbericht eine gerechte Kritik vorzunehmen, und wenn möglich, Verbesserungsvorschläge für die Zukunft zu machen.

Anschließend berichtet Kollege Wunderlich über Lohnbewegungen, Teuerungszulagen, Tarif und Schlichtungswesen. Die Stundenlöhne wurden während der Berichtszeit um 5.50 bis 6 M. erhöht. Seit dem 1. Januar d. J. bis zum 15. Mai, in welche Zeit die Brotpreiserhöhung mit ihren Auswirkungen fällt, haben wir die Löhne mindestens verdoppelt. In den Großstädten und zum Teil in der Sandsteinindustrie marschieren wir mit unseren Löhnen an der Spitze sämtlicher Berufs-; in der Hartsteinbranche gehen wir in verschiedenen Bezirken mit der übrigen Industrie konform. Zurückgeblieben im Vergleich der Löhne der übrigen Industrie sind die Granitschleifereien, ein Teil der Granitwerksteinindustrie und die Pflasterstein- und Schotterindustrie in Bayern, Schlesien und teilweise auch in Sachsen. Besonders schwierig gestalteten sich die Teuerungszulagenverhandlungen für die Granitschleifereien. Diese Ergebnisse werden meistens automatisch auf die Granitwerksteinindustrie übertragen. Das Tarifwesen konnte in der Berichtszeit weiter ausgebaut werden. Der Reichsarbeitsvertrag für die Werkstein-, Marmor- und Grabmalindustrie wurde 1920 abgeschlossen. Die auf dem letzten Verbandstag aufgestellten Richtlinien für die 45-Stundenwoche in der Sandsteinindustrie sind heute fast restlos erfüllt. Besonders wichtig ist die Ermächtigung im Tarif, geleistete Ueberstunden wieder auszugleichen, so daß die festgesetzte Arbeitszeit wöchentlich nicht überschritten werden braucht. Die Ferien- und Werkzeugfrage konnte ebenfalls gelöst werden. Nicht ganz zufriedenstellend ist die Frage der Lohngarantie. Durch die Ferienregelung gelangen 12 000 Kollegen in den Genuß der Ferien. Trotz der Verbindlichkeitsbestimmung beschritten werden. Die Schaffung der vorgesehenen Bezirkstarife, sowie der Bestimmungen zum Tarifamt war trotz größter Bemühungen bis jetzt nicht möglich. Der am 1. 9. 19. abgeschlossene N.W. für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie wurde erneuert. Die Entlohnung der Affordarbeiter wurde auf eine neue Basis gestellt, die bereits während der Dauer des alten Tarifes in den Großbetrieben des Westens eingeführt war und sich dort gut bewährt haben soll. Zu diesem Zweck wurde ein Affordrichtlohn und ein Normalstundenlohn eingeführt. Ersterer gilt als Lohngarantie und kommt zur Auszahlung für die Affordarbeiter, falls dieser Lohn in einer Lohnperiode nicht erreicht wird, bei Wiederholung sind die Affordarbeiter neu festzusetzen. Der Normalstundenlohn gilt für die Zeitlohnarbeiter. Er kann höher sein, was aber nicht unbedingt muß. Ueber die übrigen strittigen Punkte, die mit zur Rindigung des Vertrages führten, wurde eine Verständigung erzielt. Die Ferienbestimmung wurde erweitert.

Dere N.W. für die Granitschleifereien wurde voriges Jahr bis 1. Juli 1923 verlängert, nachdem für die Handschleifer eine zehnprozentige Grundlohnerrhöhung und für die übrigen Kollegen verschiedene Positionen verbessert wurden. Für dieses Jahr ist eine vollständige Reformierung vorgesehen. Die Vorlage hierzu wurde bereits Ende März an den Verband Deutscher Gewerkschaften

Außer den drei Reichstarifen bestehen noch fünf selbständige Granitwerkstarifen, die sämtlich dem R.R. für die Granitwerkstarifen nachgebildet und die jeweiligen Abänderungen dieses Tarifes übernehmen. Außerdem entfallen noch zirka 4500 Mann unter den R.R. Steine und Erden. Durch unsern Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft sind wir allerdings nicht Tarifkontingent.

Unser Tarifwesen gilt als ausgebildet. Unsere vornehmste Aufgabe wird es jetzt sein, die allgemeinen Bestimmungen und sonstigen sozialen Einrichtungen zu vereinheitlichen.

Der wesentlichste und wichtigste Erfolg unserer Verhandlungen liegt unbestreitbar in der geschaffenen Schlichtungsordnung für die Pfahlerstein- und Schotterindustrie. Diese Schlichtungsordnung mit ihren drei Instanzen soll die Durchführung dieses Vertrages erleichtern. Genau wie im Entwurf der staatlichen Schlichtungsordnung, ist auch hier der Anrufungszwang vorgesehen, der beide Teile gleich trifft. Der gegen diesen Anrufungszwang erhobene Vorwurf, daß dadurch der Streit oder die freie Entscheidung der Kollegen unterbunden wird, trifft nicht zu. Jedes Mittel, das wir ergreifen und das geeignet ist, die Lebenslage der Kollegen zu erhöhen, gilt als Kampfmittel. Die Schlichtungsordnung bedeutet einen sozialpolitischen Erfolg und zugleich auch ein Schutzmittel gegen die Unternehmerrückgriffe. Sie muß uns als Vorstufe zum Ausbau einer Zentralschlichtungsstelle für alle Branchen der Steinindustrie dienen.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Lehrlingsfrage. Im Interesse der Erhaltung unseres Gewerbes und der Industrie müssen zentrale Abmachungen getroffen werden, welche uns die Entlohnung und ein Mitbestimmungsrecht in der Ausbildungsfrage sicherstellen. Ebenfalls haben sich die Betriebsräte mehr als bisher um diese jungen Leute zu kümmern.

Eine weitere wichtige Frage ist die Ausdehnung des M.B.-auf die Kleinbetriebe. Dem Betriebsvertrauensmann muß durch Vereinbarung einer Bestimmung im Tarifvertrag das Recht eines Betriebsobmannes eingeräumt werden, um auch diesen Kollegen ein Mitbestimmungsrecht zu sichern.

Kollege Geist gibt einen kurzen Bericht über den Stand unserer Finanzen. Er verweist im allgemeinen auf den gebrauchten Bericht, in dem das Wesentlichste gesagt sei, was über die Verhältnisse in der Reichszeit zu sagen wäre. In Anbetracht der enormen Geldentwertung befriedigten die Abschüsse der beiden Berichtsjahre in keiner Weise, und auch das erste Quartal 1922 habe trotz der enormen Beitragserhöhung von 3,50 bis 13 M. nicht das Ergebnis gezeigt, das man erwartet habe.

Der Vorstand sei den Mitgliedern in weitestgehender Weise entgegengekommen, indem er mit der Beitragserhöhung am 1. Januar 1922 auch gleich die erhöhten Unterhaltungsätze in Kraft setzte. Infolge des anhaltenden Winters, des epidemischen Auftretens der Grippe wirkte sich dieser Beschluß zugunsten der Mitgliedschaft mehr als man erwartet habe, zugunsten der Hauptkasse aus, zumal noch in 31 Zahlstellen gestreift werden mußte, um die Forderungen der Kollegen durchzusetzen. Wenn die Leistungsfähigkeit einer Organisation nicht nur einzig und allein nach den Finanzverhältnissen beurteilt werden dürfe, so sei der Stand der Finanzen immerhin der beste Gradmesser für die Widerstandskraft des Verbandes bei wirtschaftlichen Kämpfen. Und da müsse leider festgestellt werden, daß, trotzdem sich der Kassenbestand gegen 1918 um mehr als das Dreifache erhöhte, heute infolge der Geldentwertung bei einem längeren Kampf nur noch der siebente Teil Widerstand geleistet werden könne gegen damals. Es sei demnach eine der Hauptaufgaben des Verbandes, dafür zu sorgen, daß der Verband trotz der zunehmenden Geldentwertung seine alte Widerstandskraft wieder erreiche.

Es könne in dieser Beziehung schon sehr viel erreicht werden, wenn sich die Mitglieder bezüglich der Beitragsleistung, sowie bei Forderung ihrer Rechte mehr an die statutarischen Bestimmungen halten würden. Auf der einen Seite sei eine große Beitragshinterziehung festzustellen, indem in vielen Fällen die Beitragsleistung nicht im entferntesten mit den verdienten Stundenlöhnen in Einklang stehe, während man sich bei Forderung seiner Rechte nicht der großen Bescheidenheit befleißigt. Besonders wünschenswert sei eine Entlastung der Hauptkasse bezüglich Erhaltung der Hälfte der Tarifverhandlungskosten bei Bezirks- oder Landesstarifen, weil die jetzt bestehende Bestimmung in gewisser Beziehung eine Ungerechtigkeit gegenüber einer Reihe von Zahlstellen sei und die Verrechnung dieser Kosten fast in allen Fällen Anlaß zu Differenzen gebe, weil die Zahlstellenverwaltungen den Bestimmungen des Statuts eine ganz andere Auslegung geben und drittens der Verbandsvorstand auch zu wenig Einfluß habe, um die Kosten mit dem Bedürfnis in Einklang zu bringen.

Des weiteren bespricht Geist noch im Abrechnungswesen zutage tretende Mängel, wünscht größere Gewissenhaftigkeit der Revisoren, bessere Beachtung der Vorstandsbekanntmachungen, des Fortschritts, wodurch manches geparkt werden könne und schließlich in der Hoffnung, daß auf dieser Verbandstag die richtigen Wege zu einer gesunden Weiterentwicklung unserer Organisation finden möge.

Dann berichtet noch der Redakteur, der Verbandsausschuß und die Revisoren; wir kommen auf die Berichte in der nächsten Nummer noch zurück.

### Das neue Wahlverfahren in der sozialen Versicherung.

Das Reichsgesetzblatt vom 28. April 1922 veröffentlicht ein neues Gesetz über Aenderung der Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung. Es bringt eine einschneidende Neugestaltung der Wahlen der Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten, namentlich für die Versicherungsbehörden. Diese Wahlen litten seither an

### Das neue Mieterschutzgesetz.

Neben dem Reichsmietengesetz, das vor allem Vorschriften über die Höhe der Mieten gibt, hat es sich als notwendig erwiesen, auch die übrigen rechtlichen Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter zu regeln. Dies wird versucht in dem Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter, das kürzlich im Reichsrat angenommen wurde und demnächst den Reichstag beschäftigen wird. Zusammen mit dem Reichsmietengesetz bringt der neue Entwurf eine umfassende reichsrechtliche Regelung des durch die Wohnungsnot erforderlich gewordenen neuen Mietrechtes. Bevor noch die Vorlage im Reichstag erörtert worden ist, hat sich die Öffentlichkeit mit diesem jeden Einzelnen berührenden Gesetzentwurf befaßt, und es sind neben Stimmen der Zustimmung auch ablehnende Auffassungen zutage getreten, ohne daß der Entwurf in seinen wichtigsten Teilen allgemein bekannt wäre. Es soll hier nicht in die Diskussion eingegriffen werden; die folgenden Darstellungen beschränken sich vielmehr darauf, die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, an die sich voraussichtlich eine lebhaftere Erörterung im Reichstag knüpfen wird, wiederzugeben.

Das Gesetz bezweckt zunächst, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Aufhebung des Mietverhältnisses soweit zu schützen, als sich dies mit den berechtigten Interessen des Vermieters irgend vereinen läßt. Dieses Ziel sucht es vor allem dadurch zu erreichen, daß die Lösung des Mietverhältnisses nur aus einigen wichtigen im Gesetz ausdrücklich genannten Gründen zulässig sein soll, so z. B., wenn der Mieter den Vermieter stark belästigt, wenn er die Mieträume durch unangemessenen Gebrauch oder Vernachlässigung erheblich gefährdet oder wenn er unbesorgt einem Dritten den Mietraum überläßt, wenn der Mieter ferner an zwei aufeinanderfolgenden Terminen den Mietzins nicht gezahlt hat, oder wenn schließlich der Vermieter unter Anführung besonders schwerwiegender Gründe den Mietraum für sich in Anspruch nimmt. Die Absicht des Vermieters, den Raum selbst in Gebrauch zu nehmen, soll jedoch allein nicht genügen. In erster Reihe soll dadurch verhindert werden, daß sich jemand durch Ankauf eines Hauses eine Wohnung ver-

einer großen Kompliziertheit. Die Neuerungen bewegen sich in der Richtung einer Vereinfachung und Demokratisierung. Ganze Arbeit macht freilich das neue Gesetz noch nicht, aber das war auch noch nicht recht möglich, dazu gehört eine gründliche Reform unserer ganzen sozialen Versicherung.

Zunächst bringt das neue Gesetz endlich die rechtliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern in der Bildung der Versicherungsbehörden. Bisher konnten zu Vertretern bei den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern, Landesversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt nur Männer gewählt werden. Das war schon deshalb widersinnig, weil die Frauen, wenigstens soweit die Wahlen bei den zahlreichen Versicherungsämtern in Frage kommen, das aktive Wahlrecht besaßen. Nur die Fähigkeit, selbst gewählt zu werden, hatte man ihnen immer noch nicht zuerkannt, weil es sich dabei um „Ausübung richterlicher Funktionen“ handelte. Schon bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1911 forderte die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung der Frau. Sie wurde aber seinerzeit von den gesamten bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Eine weitere Neuerung besteht darin, daß die Beisitzer bei den Oberversicherungsämtern nicht mehr von den Berufsgenossenschaften und (soweit die Versicherten in Frage kommen) von den Beisitzern bei den unteren Versicherungsämtern gewählt werden. Sie werden vielmehr von den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten, also den Körperschaften zur Durchführung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, gewählt. Wie alle Wahlen in der sozialen Versicherung, wird auch diese nach den Grundsätzen des Verhältnisystems vorgenommen. Bei den besonderen Oberversicherungsämtern für die knappschaftliche Versicherung usw. (die man viel richtiger besetzt hätte) werden die Versicherten-Vertreter von den Ausschussmitgliedern der Versicherten in den Betriebskrankenkassen gewählt.

Die Vertreter beim Reichsversicherungsamt werden auch auf eine neue Art gewählt, und zwar nunmehr sämtlich von den Ausschussmitgliedern der Landesversicherungsanstalten und der entsprechenden Vertretungen der Sonderanstalten. Die Ausschussmitglieder, die dem Gewerbe angehören, wählen je sieben Vertreter aus dem Bereiche der Gewerbeunfallversicherung und je einen aus der Unfallversicherung. Die der Landwirtschaft angehörenden Ausschussmitglieder wählen je vier nichtständige Mitglieder aus dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Insgesamt sind demnach je zwölf Arbeitgeber- und Versichertenvertreter, daneben aber eine sehr große Zahl von Stellvertretern zu wählen. Bei den Landesversicherungsämtern (von denen wir nur noch drei in München, Dresden und Karlsruhe kennen), wird die Wahl in entsprechender Weise von den Ausschüssen der zuständigen Landesversicherungsanstalt und der Sonderanstalten vorgenommen.

Für das Gebiet der Unfallversicherung kennen wir gesetzlich vorgesehene Vertreter der Versicherten nur für die Zwecke der Unfallversicherung. Sie wurden von den Beisitzern bei den Oberversicherungsämtern gewählt. Nunmehr werden sie ebenfalls von den Versichertenmitgliedern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten gewählt, in deren Bezirk die Berufsgenossenschaft Mitglieder hat. Die Ausschussmitglieder, die dem Bereiche der Gewerbeunfallversicherung angehören, wählen die Vertreter für diesen Versicherungszweig, die Mitglieder aus der landwirtschaftlichen Unfallversicherung wählen nur für diese.

Aus vorstehendem geht hervor, daß der Ausschuss der Landesversicherungsanstalt zum Wahlkörper für eine ganze Reihe der wichtigsten Wahlen berufen worden ist. Hieraus ergab sich von selbst die Notwendigkeit, nunmehr das Wahlverfahren für diese Ausschüsse demokratischer zu gestalten. Jetzt ist bestimmt, daß die Versichertenmitglieder dieser von den Personen gewählt werden, die für die Wahl der Versichertenvertreter bei den unteren Versicherungsämtern wahlberechtigt sind. Das sind nämlich die Vorstandsmitglieder der Krankenkassen. Die für die Wahl der Vertreter für das Versicherungsamt festgesetzte Stimmenzahl gilt auch für die Wahl der Versichertenvertreter in den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalt. Die Arbeitgebervertreter in diesen Ausschüssen werden in unständlichem Verfahren von den Berufsgenossenschaften gewählt. Neu ist weiter, daß die oberste Verwaltungsbehörde bestimmt, wieviel Mitglieder eines Ausschusses der Landesversicherungsanstalten dem Gewerbe und wieviel der Landwirtschaft angehören müssen. Bisher bestanden darüber keine Vorschriften; die Mitglieder konnten beruflich sein was sie wollten, sie brauchten nur gegen Invalidität versichert zu sein.

Man sieht, die ganze Einrichtung ist auch jetzt noch sehr verwickelt, trotzdem die Wahl mancher Vertreter um ein oder gar mehrere Wahlgänge verkürzt worden ist. Wegen des Schwerpunktes, der jetzt bei den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten liegt, werden diese nicht mehr von den Beisitzern bei den unteren Versicherungsämtern, sondern von einem viel größeren Kreis von Wählern, nämlich unmittelbar von den Krankenkassenvorstandsmitgliedern gewählt. Auch bei der Wahl der Vertreter für das Reichsversicherungsamt ergeben sich Vereinfachungen.

Die Wahlen zu den Versicherungsbehörden, zu den Vertretern der Versicherten für die Unfallversicherung und zu den Ausschüssen und Vorständen der Versicherungsanstalten sind, soweit sie nicht seit Beginn des Jahres 1920 vorgenommen sind, alsbald vorzunehmen oder zu erneuern. Die Wahlzeit läuft mit der Vollziehung der im Jahre 1926 vorzunehmenden Neuwahlen ab. Dies gilt auch für solche seit Beginn des Jahres 1920 vorgenommene Wahlen. Nicht die Zahl der gewählten Vertreter nicht mehr aus, so sind für die Ergänzung eine Reihe von Vorschriften vorgesehen. Bevor an die Vornahme der Wahlen herangegangen werden kann, müssen erst noch verschiedene Wahlordnungen und Ausführungsanweisungen ergehen. Dies geht erfahrungsgemäß nicht so schnell. Die Wahlen werden unmöglich noch in diesem Jahre restlos erledigt werden können.

Der Vermieter hat gegebenenfalls bei dem Amtsgericht — nicht also bei dem Mieteinigungsamt — eine Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses zu erheben; eine Kündigung durch den Vermieter ist nicht mehr zulässig. Das Amtsgericht entscheidet unter Hinzuziehung von Mieter- und Vermieterbeisitzern. Wird das Mietverhältnis aus einem solchen Grunde aufgehoben, so kann das Gericht anordnen, daß der Vermieter dem Mieter die Umzugskosten zu ersetzen hat, sofern dies nach Lage der Dinge, vor allem nach den Vermögens- und Gewerbesverhältnissen der Beteiligten, der Billigkeit entspricht.

Durch die vorgesehene Einführung der Aufhebungsklage wird eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens angestrebt. Während nach dem jetzigen Rechtszustand der Vermieter zunächst in einem Verfahren vor dem Mieteinigungsamt die Genehmigung zur Kündigung erwirken und sodann die Räumungsklage bei dem Gericht erheben mußte, wird er jetzt sofort auf das gerichtliche Verfahren verwiesen. Dierdurch soll nicht nur eine Entlastung der mit Arbeit überhäufteten Mieteinigungsämter erzielt werden, sondern es wird auch im Wege eines Verfahrens vor dem Gericht eine eingehendere und sorgfältigere Überprüfung des Sachverhaltes möglich sein, als dies vor dem Mieteinigungsamt der Fall sein kann, ein Umstand, der ebenfalls im Interesse des Mieters wie des Vermieters liegt.

Der Gesetzentwurf sieht weiter einen Schutz des Mieters gegen die zwangsweise erfolgende Durchführung eines Räumungsurteils vor. Ist das Mietverhältnis lediglich mit Rücksicht auf ein nachgewiesenes besonders dringliches Interesse des Vermieters aufgehoben, so darf der Mieter zwangsweise aus den Räumen nur entfernt werden, wenn für ihn ein unter Berücksichtigung seiner Wohn- oder Geschäftsbedürfnisse angemessener Ersatzraum gesichert ist. Auch wenn die Aufhebung des Mietverhältnisses aus anderen Gründen erfolgt, kann das Gericht zur Vermeidung von Härten gleichfalls eine entsprechende Anordnung treffen.

Diese Bestimmungen sollen sowohl für Wohn- als auch für gewerbliche Räume Gültigkeit haben. Für Neubauten sowie für Räume gemeinnütziger Bauvereinigungen und für öffentliche Gebäude gelten sie nicht.

## Der 3. Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Seit dem Wiederaufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben Kongresse 1919 in Amsterdam und 1920 in London stattgefunden. Der dritte Kongress tagte vom 20. bis 26. April in Rom. Ihm wohnten Vertreter der angeschlossenen Landeszentralen bei aus Deutschland (12 Vertreter für 8 000 000 Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes, darunter rund 2 Millionen Frauen), England (10 Vertreter für 6 000 000 Mitglieder), Deutschösterreich (1 Vertreter für 1 000 000 Mitglieder, darunter 215 175 Frauen), Belgien (6 Vertreter für 718 410 Mitglieder), Bulgarien (1 Vertreter für 4000 Mitglieder, darunter 790 Frauen), Dänemark (8 Vertreter für 279 255 Mitglieder, darunter 43 830 Frauen), Spanien (2 Vertreter für 240 113 Mitglieder), Frankreich (7 Vertreter für 1 500 000 Mitglieder), Ungarn (2 Vertreter für 152 441 Mitglieder, darunter 22 245 Frauen), Italien (7 Vertreter für 2 055 773 Mitglieder), Lettland (1 Vertreter für 30 000 Mitglieder, darunter 1954 Frauen), Luxemburg (2 Vertreter für 27 000 Mitglieder), Holland (9 Vertreter für 210 581 Mitglieder, darunter 12 796 Frauen), Polen (3 Vertreter für 403 138 Mitglieder, darunter 25 466 Frauen), Schweden (8 Vertreter für 277 242 Mitglieder, darunter 26 142 Frauen), Norwegen (1 Vertreter für 150 000 Mitglieder), Schweiz (6 Vertreter für 223 588 Mitglieder, darunter 43 334 Frauen), Tschechoslowakei (7 Vertreter für 750 000 Mitglieder, darunter 182 351 Frauen), Jugoslawien (1 Vertreter für 25 000 Mitglieder), im ganzen 94 Vertreter, darunter 7 Frauen, für 19 Landeszentralen mit 22 652 541 Mitgliedern. Außerdem nahmen teil die 5 Mitglieder des Bureaus, über 30 Mitglieder von rund 20 internationalen Berufssekretariaten, jedoch ohne Stimmrecht, sowie als Gäste u. a. Vertreter des internationalen Arbeiterinnenbundes und des internationalen Arbeitsamtes in Genf.

Die Tagesordnung war recht umfangreich, außer den geschäftlichen Notwendigkeiten enthielt sie unter 8. Wiederaufbau Europas (Berichterstattung Jouhaux), 9. Die Frage der Abrüstung und Krieg gegen den Krieg (Berichterstattung Timmen), 10. Internationale Reaktion; unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtstundentag (Berichterstattung Wertens).

Der Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes lag in Form einer Druckschrift von 128 Seiten vor. Nachdem der Aufbau des Bundes und seiner Geschäftsstelle in Amsterdam geschildert wurde, folgte eine Darstellung der Tätigkeit des Bundes. An dieser Stelle kann davon nur hervorgehoben werden der Boykott gegen Ungarn, die Verweigerung der Munitionstransporte im polnisch-russischen Kriege, die Diktsaktion für die Wiener Arbeiterbevölkerung und neuerdings eine noch weit größere Aktion für die Hungernden in Rußland. Die Spaltung der sozialistischen Internationale und die sich daraus ergebende Ohnmacht führten dazu, daß, wie auf vielen anderen rein politischen Gebieten der Internationale Gewerkschaftsbund auch in der Frage des 1. Mai die Initiative selbst in die Hand nehmen mußte.

Die Einnahmen und Ausgaben beliefen sich 1920 auf 156 000 holländische Gulden, wovon 54 000 Gulden für Gehälter, im Jahre 1921 auf 159 000 Gulden, wovon 84 000 Gulden für Gehälter erforderlich waren. Die beitragszahlenden Länder sind meist solche mit sehr geringer Valuta. Der Sitz des Sekretariats aber befindet sich in einem Lande mit sehr hoher Valuta, woraus sich erklärt, daß trotz der verhältnismäßig hohen Beiträge (Deutschland zahlte z. B. im letzten Jahre 472 000 Mark Beiträge), die holländischen Organisationen mit Darlehen einspringen mußten. Infolge der sonderbaren Valutaverhältnisse stammt nominell mehr als die Hälfte aller Beiträge aus England.

Der Bericht war erst in Rom verteilt worden, weshalb die Aussprache darüber nur eine kurze sein konnte.

Der erste Tag war den Begrüßungsansprachen gewidmet, der zweite Tag der Aussprache über den Geschäftsbericht. Der letztere wurde nach eingehender Debatte gutgeheißen, ebenso der von einem Wiedereröffner in Amsterdam geprüfte Kassenbericht. Der dritte Tag brachte die Aussprache über den Wiederaufbau Europas. Berichterstatter ist Jouhaux (Frankreich), der über die gleiche Frage auch eine kleine Druckschrift vorgelegt hat. Da die Stellungnahme des Genossen Jouhaux zur Genüge bekannt ist, erübrigt es sich, hier ausführlicher zu berichten.

Leipart (Deutschland) verwies in der Aussprache auf die besorgniserregende Lage der deutschen Arbeiterbevölkerung und auf die Arbeitslosigkeit in den Entente-Ländern, zum Teil eine Folge der Geldentwertung in Deutschland und Mitteleuropa, die die heutige ungesunde Weltwirtschaft und die falsche Politik widerspiegeln, die heute in Europa getrieben wird und die auch die russische Hungernot verschuldet. Die unerschwinglichen Reparationen, eine Politik des Hasses und der Rache, erschwert nicht nur die Lage der deutschen Arbeiter, sondern der Arbeiter aller Länder, denen man nicht die Wahrheit sagt, wenn man behauptet, daß die Deutschen ein Wohlleben führen und daß es unseren Arbeitern besser gehe als in anderen Ländern. Leider hören aber auch Arbeiterblätter oft mehr auf die gefärbten Berichte der bürgerlichen Presse wie auf die Mitteilungen, die sie von unseren Gewerkschaften erhalten. Leipart ging dann ausführlich auf die heutige Wirtschaftslage Deutschlands über, auf den Kohlen- und Rohstoffmangel, der den Beschäftigungsgrad herabdrückt und auf die Wirkungen der Valutaschwankungen, die schon technisch die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung fast unmöglich machen. Dabei wird der Hauptteil der Reparationsleistungen von den Entente-Kommissionen und Besatzungstruppen aufgebraucht. Gegen diese Verschwendung deutscher Wirtschaftskraft und des Schweißes der deutschen Arbeiter wenden sich diese voller Empörung und Zorn. Diese Politik muß durch internationales Zusammenwirken der Völker, durch eine Politik der Vernunft, der Versöhnung und

In einem zweiten Abschnitt bringt der Gesetzentwurf eingehende Vorschriften über die Einrichtung der Mieteinigungsämter und das Verfahren vor diesen. Die Mitzstände, die sich bei der augenblicklich geltenden Regelung ergeben haben, werden zu beseitigen versucht. Vor allem soll in Zukunft gegen die Entscheidung des Mieteinigungsamtes in gewissen Fällen die Anrufung einer Beschwerdeinstanz zulässig sein. Dabei ist nicht an die Schaffung neuer Behörden gedacht; vielmehr kann die oberste Landesbehörde eine Verwaltungsbehörde, das Landgericht oder ein höheres Gericht mit den Aufgaben der Beschwerdeinstanze betrauen. Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt selbst soll nach Möglichkeit vereinfacht werden. Um die den Gemeinden durch die Einrichtung des Mieteinigungsamtes zum Teil erwachsene finanzielle Belastung zu vermindern, wird die Erhebung von Gebühren vorgeesehen. Die Unabhängigkeit des Vorsitzenden und der Beisitzer wird durch besondere Vorschriften gesichert. Für die Beisitzer gelten gewisse für die Schöffen gegebene Vorschriften; insbesondere sind sie in einer bestimmten Reihenfolge zu den Sitzungen heranzuziehen.

Der Entwurf sieht vor, daß das Gesetz am 1. Juli 1922 — gleichzeitig mit dem Reichsmietengesetz — in Kraft tritt.

### Unsere Himmelfahrt.

Unser Himmel sei auf Erden  
Schon, so haben wir's gehalten  
Allezeit: wer in Becken  
Lebt, soll hier sein Glück erhalten!  
Nedem, der da ringt und freitet,  
Licht und Freude, Recht und Würde,  
Daß von seinen Schultern gleitet  
Erdenlast und Daseinsbürde!  
Was wir hoffen und erstreben,  
Blüh in jedem Daseinsgarten!  
Keiner braucht, lacht ihm das Leben,  
Auf die Himmelfahrt zu warten!

der Menschlichkeit erkehrt werden. Der Redner beantragte, die von der vorbereitenden Konferenz in Genua beschlossene Resolution anzunehmen.

Ben Turner (England) schloß sich den Vorrednern an. Buozzi (Italien) wies darauf hin, daß es seinem Lande noch schlimmer geht als den besiegten Ländern, denn es hat auch in den neugewonnenen Gebieten keine Rohstoffe. Der Zusammenbruch künstlich geschaffener Kriegsindustrien und die Unmöglichkeit der Auswanderung haben dazu geführt, daß Italien heute eine Million Arbeitslose und eine halbe Million Kurzarbeiter zählt. Nur die Annullierung der Kriegsschulden und die internationale Regelung der Rohstoffverteilung können die heutige Lage wirklich bessern, und das sollte in der Resolution noch schärfer zum Ausdruck kommen. Auch wünschte der Redner, daß alles geschieht, um den Wiederanschluß der amerikanischen Gewerkschaften an den IGB herbeizuführen.

Madisen (Dänemark) berichtete über die Lage in den skandinavischen Ländern und über das Ergebnis der letzten großen Kämpfe.

Eine Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen. Wegen ihres Umfangs müssen wir von einer Wiedergabe Abstand nehmen.

Am vierten Tag wies Mertens (Belgien) als Berichterstatter über die internationale Reaktion und den Kampf um den Achtstundentag darauf hin, daß das internationale Kapital in allen Ländern bestrebt ist, die Arbeiterschaft wieder in den alten Zustand der Sklaverei zu versetzen. Alle dem Arbeiter während des Krieges gemachten Versprechungen scheinen vergessen, ja sogar die Unterstützung der durch die wahnsinnige Wirtschaftsordnung arbeitslos Gewordenen möchte man wieder einstellen in der Hoffnung, daß hungrier Arbeiter leichter noch zu Werkzeugen des Profits gemacht werden können. Der Kampf gegen diese allgemeine Reaktion müsse sich nach den Verhältnissen in den einzelnen Ländern richten. Daher werde auch in der vorgeschlagenen Resolution die Möglichkeit gelassen, je nach den Bedürfnissen die Taktik zu wählen. An der Hand der Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes wies der Redner den Umfang und die Wirkung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern nach. Er erklärte, daß auch in Belgien manche Unternehmer ihren Betrieb einschränken, nur um die dadurch arbeitslos Gewordenen willfähriger zu machen. Es gehe in allen Ländern jetzt sowohl um den Grundjah des Achtstundentages wie auch um die Frage des Lohnabbaues. Dagegen müsse die gewerkschaftliche Internationale ganz entschiedene Stellung nehmen. Ganz wesentlich würde der Kampf allerdings erleichtert werden, wenn auch der Beitritt der amerikanischen Gewerkschaften bald wieder erfolgen und auch die russischen Arbeiter ihr volles Koalitionsrecht ausüben könnten.

Nach der Debatte, an der sich ein Vertreter aus England, Frankreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Italien beteiligte, wurde darauf sowohl für die Frage der Reaktion als auch für die Frage des Antimilitarismus je ein Unteranschluß eingeschickt, bestehend aus je einem Vertreter der verschiedenen Länder.

Das internationale Arbeitsamt in Genf war durch seinen Direktor Albert Thomas vertreten, der auf Einladung des Vorsitzenden eine Ansprache an den Kongreß richtete.

Am fünften Tage referierte über „Abrüstung! Krieg gegen den Krieg!“ Niemen und begründete eine Entschlieung, welche an die Beschlüsse früherer internationaler Kongresse anknüpft. Diese Entschlieung wurde nach sehr eingehender Debatte einer Kommission überwiesen und in abgeänderter Form angenommen. Darin wird der Kampf gegen Krieg und Militarismus als eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet, die Organisationen zur Bekämpfung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus, den Abschluß und die Beibehaltung von Bündnissen und Vereinbarungen, die zu kriegerischen Konflikten führen können, aufgefordert, die früher bereits gefassten Resolutionen bestätigt und beschlossen, den tatsächlichen Kriegsausbruch durch internationalen Generalstreik zu verhindern. Ferner wird die Kontrolle der Kriegsproduktion und ihre Einschränkung auf das Minimum für den Zivilgebrauch verlangt, das in Amsterdam bereits eingeseht, aus dem Vorstand des IGB und den Vertretern der 3 Berufssekretariate gebildete Komitee zur Vorbereitung der in der Resolution beschlossenen Aktion als permanent erklärt.

Zu weiterer beauftragt der Kongreß den Vorstand des IGB, die Organisation der Arbeiterinnen in allen Ländern zu fördern. Ein Manifest an die Frauen der ganzen Welt und eins an die Arbeiter gegen Militarismus und Krieg für Völkerrfrieden und Völkerverständigung, gelangen zur einstimmigen Annahme. Am letzten Verhandlungstage wurden die Wahlen vorgenommen. Als Vizepräsident wird in das Bureau des IGB neu hinzugewählt Genoffe Veipart, Deutschland; ihr übriges bleibt die Besetzung unverändert. In den Vorstand werden als Vertreter Deutschlands neu gewählt die Genossen Graßmann und als Stellvertreter Aufhäuser.

Nach einem Protest gegen die Bedrückung der Gewerkschaften in Rußland und gegen die geplante Verurteilung der gefangenen sozialistischen Führer in Rußland ist die Tagung an den Abschluß ihrer Arbeiten gelangt. Der Vorsitzende Thomas dankt den italienischen Genossen im Namen des Kongresses für die gute Organisation des Kongresses und die kameradschaftliche Aufnahme aller Delegierten. Unter dem Gesang der Internationale trennen sich die Delegierten, um die Arbeit im Lande aufzunehmen.

Bemerkenswert war besonders die reiche Gastfreundschaft der italienischen Gewerkschaften. Am ersten Tage sollte ein Ausflug nach dem schönen Tivoli erfolgen, aber diese Rechnung war ohne die Kommunisten und ihre Gegenführer, die Fasziisten, gemacht worden. Am Abend vor dem Ausflug gerieten beide Gruppen im Tivoli in einen Streit, in dessen Verlauf der Sekretär der kommunistischen Ortsgruppe den der Fasziisten durch einen Revolverbeschuß tötete. Es mußte daher der Ausflug in letzter Minute umgebaut werden, nach Frascati.

Der Kongreß in Rom hat zweifellos der gewerkschaftlichen Internationale einen neuen großen Anstoß gegeben. Mit Ueberlegung und Abicht erstreckt sie ihre Tätigkeit auf alle Gebiete, welche die Arbeiterschaft zur Zeit berühren, auch solche, für welche man bisher besondere internationale Verbindungen und Kongresse für nötig hielt. Sie, die früher neben der politischen Internationale nur ein Hilfsmittel war, bezeichnet sich jetzt rundweg als die Internationale, eine Wandlung, die auch auf die Gestaltung der Dinge in den einzelnen Ländern, soweit sie ihr nicht schon entspricht, wie in den Ländern des britischen Reiches, nicht ohne gewaltige Rückwirkung sein kann.

Der Kongreß selbst wächst immer mehr zu einer Demonstrationssammlung aus. Wenn auch von den 19 Landesdelegationen nicht weniger als 15 die deutsche Sprache verstanden und 11 sie auch selbst bei ihren Reden benutzten, so mußten doch alle Reden in vier verschiedenen Sprachen gehalten werden. Das ging nicht immer glatt, leider wurden oft die wesentlichen Teile der Reden nicht oder unklar übertragen. Ein Grund mehr auch für unsere Gewerkschaften, der Erlernung fremder Sprachen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und sprachkundigen jungen Genossen möglichst oft durch Delegationen oder Begleitung solcher ins Ausland Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse zu vervollkommen.

Eine Bemerkung: Wäre es nicht besser, besonders nach den Erfahrungen der beiden Kongresse in London und Rom, den allgemeinen Kongreß zu einer wirklich nur für die Öffentlichkeit bestimmten ein- bis zweitägigen Demonstration zu gestalten, alles Uebrige aber vorher in einer viel kleineren Konferenz zu erledigen, zu der, wie vor dem Kriege, jedes Land nur ein bis zwei Vertreter entsendet? Sonst kann es leicht geschehen, daß zwar die schönsten Ideen in herrlich lautende Beschlüsse gefaßt werden, der zu ihrer Durchführung in allen Ländern nötige Unterbau aber sich am Tage der Entscheidung als zu schwach, als noch nicht genügend ausgebaut erweist. Um ein wirkliches Eindringen der Kongreßbeschlüsse in die Massen zu ermöglichen, dürfte es sich

auch empfehlen, auf dem Kongresse, also zur Wirkung auf die Öffentlichkeit bestimmt, nur wenige, sehr knapp in markante Sätze gefaßte Beschlüsse anzunehmen. Es ist sehr fraglich, ob die sehr langen Beschlüsse des Kongresses in Rom außer in deutschsprachigen überhaupt in einem Arbeiterblatt anderer Länder vollinhaltlich abgedruckt werden.

### Erster internationaler Baugildentag

Am 14. Mai im Volkshaus in Leipzig ein internationaler Baugildentag statt, an dem Vertreter des Verbandes sozialer Baubetriebe, des Verbandes der italienischen Bauproduktionsgenossenschaften, der österreichischen, deutsch-schweizerischen, holländischen und schwedischen sozialen Baubetriebe, ferner Vertreter des französischen Technikerverbandes, des französischen Bauarbeiterverbandes, sowie der deutschen, österreichischen, italienischen, belgischen, holländischen und ungarischen Bauarbeiterverbände teilnahmen. Der Reichsarbeitsminister hatte Herrn Ministerialrat Dr. Krüger, das preussische Wohlfahrtsministerium Herrn Regierungsrat Dr. Behrendt zu der Tagung entsandt. Insgesamt waren 23 ausländische und über 20 deutsche Vertreter anwesend. Der Vertreter der englischen Baugilden war leider im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert worden, und die Vertreter der englischen Bauarbeitergewerkschaften, die am Bauarbeiterverbandstag teilgenommen hatten, waren aus geschäftlichen Gründen schon Mitte der vorigen Woche nach England zurückberufen worden.

Die Tagung wurde von Vorsitzenden der Bauarbeiter-Internationale, Pablow-Hamburg, geleitet. Sie hatte den Zweck, Klarheit über den Stand der baugewerblichen Sozialisierung in den einzelnen Ländern zu gewinnen, die gemachten Erfahrungen auszutauschen und einen internationalen Zusammenfluß der auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage tätigen Baubetriebe anzubahnen.

Herr Ministerialrat Krüger begrüßte die Tagung im Namen des Reichsarbeitsministers. Er verwies auf die gewaltige Wohnungsnot und die unerträgliche Steigerung der Baukosten, die es der Regierung zur ersten Pflicht mache, alles zu unterstützen, was zu einer Herabsetzung der Baukosten beitragen könne. In Deutschland habe der Verband sozialer Baubetriebe einen Versuch zur Herabsetzung der Baukosten gemacht. Die Anwesenheit von Vertretern so vieler Länder beweise, daß überall das gleiche Streben vorhanden sei. Öffentlich gelinge es, durch ernste sachliche Arbeit eine Besserung zu erreichen. Herr Regierungsrat Dr. Behrendt sprach seine Freude darüber aus, daß dem Wohlfahrtsministerium Gelegenheit gegeben worden sei, die Verhältnisse in anderen Ländern kennen zu lernen. Beide Regierungsvertreter wünschten der Tagung besten Erfolg.

Aus den von den Vertretern der einzelnen Länder erstatteten Berichten ergab sich, daß bei den Kopf- und Handarbeitern aller vertretenen Länder der ernste Wille vorhanden ist, die Bauwirtschaft der privatkapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und sie auf gemeinwirtschaftliche Grundlagen zu stellen. Am weitesten sind in dieser Beziehung die Bauarbeiter Deutschlands und Italiens vorgeschritten. Dr. Wagner berichtete, daß die rund 200 dem IGB angeschlossenen deutschen Betriebe im letzten Geschäftsjahr mit etwa 20 000 Arbeitern für 470 Millionen Mark Aufträge — meistens solche öffentlicher oder gemeinnütziger Körperschaften — ausgeführt haben, ohne die christlichen und sonstigen Genossenschaften. Die Gewerkschaften selbst haben die Sozialisierung in die Hand genommen und sich damit zu Trägern der sozialen Bauwirtschaft gemacht. Quaglini-Italien konnte über langjährige Erfahrungen der italienischen Bauproduktionsgenossenschaften berichten. Es gibt in Italien zur Zeit etwa 300 solcher Genossenschaften, die rund 40 000 Arbeiter beschäftigen und die in 15 Bezirksverbänden und in einem Zentralverband zusammengeschlossen sind. Die Genossenschaften haben seit Beginn des Krieges für etwa 1 Milliarde Lire Arbeiten — und zwar ebenfalls fast ausschließlich öffentliche Arbeiten — ausgeführt. In einzelnen Gebieten ist das Privatunternehmertum fast ganz ausgeschaltet. Die günstige Entwicklung der Bewegung wurde durch das italienische Genossenschaftsgefes von 1904 gefördert, nachdem die Genossenschaften bei allen öffentlichen Arbeiten bevorzugt werden müssen. Den Genossenschaften stehen in großem Umfang öffentliche Kredite zur Verfügung. Das eigentliche Stammkapital wird jedoch von den Genossenschaftsmitgliedern und den Gewerkschaften selbst aufgebracht. Jedes Mitglied des italienischen Bauarbeiterverbandes hat jährlich 50 Lire Sozialleistungsbeitrag zu zahlen. Infolge des Ueberangebots an Arbeitskräften sind die italienischen Genossenschaften im Begriffe, auch Arbeiten im Ausland, insbesondere in Nordfrankreich und auf dem Balkan zu übernehmen.

In Oesterreich hat nach dem Bericht von Meißner-Wien der österreichische Bauarbeiterverband im vorigen Jahre eine Baucooperative auf gemeinnütziger Grundlage geschaffen. Die Gesellschaft, die in mehreren Orten Filialen hat, arbeitet zur Zeit mit einem Kapital von 50 Millionen Kronen. 5 Prozent der Einnahmen des österreichischen Bauarbeiterverbandes werden zur weiteren Förderung der Sozialisierung verwendet. Der deutsch-schweizerische Bauarbeiterverband hat nach dem Bericht Kaufmanns ebenfalls eine gemeinnützige Baucooperative gegründet, die ein Stammkapital von 2 1/2 Millionen schweizerische Kronen und mehrere Filialen hat. Das Ackerbauministerium hat ihr die Errichtung von Sägewerken mit der Begründung verboten, da bereits „genügend“ Sägewerke vorhanden seien. Auch in Holland hat man die Sozialisierung des Baugewerbes in Angriff genommen; es gibt dort bereits 36 Produktionsgenossenschaften, davon 14 oder 15 in Amsterdam (?). Außerdem gibt es Gebilde, die den englischen Baugilden ähnlich sind. Auf einem im Juni stattfindenden Kongreß der Gewerkschaften und der Genossenschaften soll nach den Berichten von Achterberghs und Drews versucht werden, die sozialisierten Betriebe einheitlich auf nationaler Grundlage zu organisieren. In Schweden sind nach dem Berichte Hanssons die Vorarbeiten für die Inangriffnahme der Sozialisierung ebenfalls getroffen. Zwei kleine Betriebe sind bereits gegründet. Der schwedische Bauarbeiterverband hat auch dort mit anderen Gewerkschaften die Sache in die Hand genommen.

Weniger positive Ergebnisse hat man bis jetzt mit der Sozialisierung in Frankreich und Belgien gehabt. Apache vom französischen Technikerverband und Cordier vom französischen Bauarbeiterverband schilderten sehr lebhaft die bisherigen Bemühungen, um soziale Vausichten für den Wiederaufbau Nordfrankreichs zustande zu bringen, die dort zur Ausschaltung der Unternehmergewinne besonders notwendig wären. Ueber den Entwurf einer Satzung ist man dabei bis jetzt nicht hinausgekommen. Ebenso hat man in Belgien und Ungarn noch nichts Positives erreicht. In beiden Ländern arbeitet man aber ebenfalls auf die Sozialisierung hin.

Nach Erstattung der Berichte fand eine Aussprache über die Möglichkeit eines internationalen Zusammenflusses, des gegenseitigen Schutzes und der gegenseitigen Hilfe statt. Dr. Wagner regte die Errichtung einer Zentralfstelle zur Erforschung wirtschaftlicher Betriebsführung im Baugewerbe an, deren Tätigkeit darauf gerichtet sein soll, die Betriebe in den Stand zu setzen, der Allgemeinheit unter möglichster Schonung menschlicher Arbeitskraft größerer Wirtschaftserträge zu liefern. Es wurde beschlossen, die Geschäftsführung des Verbandes sozialer Baubetriebe zu beauftragen, die Vorarbeiten für einen internationalen Zusammenfluß zu erledigen und den Organisationen der einzelnen Länder darüber zu berichten. Im Herbst dieses Jahres soll dann ein neuer Baugildentag die nötigen Beschlüsse fassen.

### Aus den Zahlstellen.

Kringall. Am 17. April 1922 fand in Kringall eine Versammlung der Steinarbeiter vom Bruch Dachsberg, Kringall und Penzingerberg statt, in der eine neue Zahlstelle errichtet wurde. Die Zahlstelle Büchlera war so überlastet, daß

sie nicht mehr in der Lage war, die in den umliegenden Bräuhnen arbeitenden Kollegen über den Gang der Dinge zu informieren und da muß schon jeder Kollege mit zugreifen, damit die Belastung für den Vorsitzenden und Kassierer erträglich ist. Gewählt wurde zum 1. Vorsitzenden Niebl, Jos. in Edereruth, Post Büchberg, Abb., Stellvertreter Blüdingen, Heinrich, Kassierer May Brunner in Kringall, Post Hütthum, Abb., Schriftführer Stadler, Mag. Reibforen Jungwirt, Mag und Krenn, Kaver.

### Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(W. W. V.) In der Tagespresse fast aller Parteien nehmen gegenwärtig die Erörterungen über die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung und über die trassen Mischstände, die auf diesem Gebiete neuerdings wieder schärfer hervorgetreten, einen breiten Raum ein. Allerorts wird die Vereinfachung betont, an dem großen Werte einer Sicherstellung und Besserung der Lebensmittelversorgung mitzuarbeiten, ebenso zeigt sich aber bereits, daß von den verschiedenen Interessentengruppen der Landwirtschaft, sowie des Groß- und Kleinhandels, Versuche gemacht werden, den lieben Nächsten die Schuld für die ganz offenkundigen Spekulationsmänder am Getreide-, Zucker-, Kartoffel- und Buttermarkt in die Schuhe zu schieben. Dementsprechend sucht man auch, den künftig zu treffenden Maßnahmen schon jetzt diejenige Richtung zu geben, die den eigenen Interessen am meisten entspricht. Wenn dieses Spiel so weiter geht, wird kostbare Zeit verstreichen, ohne daß bei den vielen Erörterungen etwas Greifbares und Wirkames herauskommt. Gegenüber den Versuchen mancher Erzeuger und Händler, auch jetzt noch angezogen der herrschenden Notlage das Schäfchen zu scheren, ist eine einmütige Haltung der Verbraucher ganz besonders dringend geboten. Selbst wenn man annimmt, daß es den Landwirtschaftsstämmen und anderen beruflichen Vertretungen der deutschen Landwirtschaft mit ihrer Propaganda für das sogenannte „landwirtschaftliche Hilfswerk“ ernst ist, muß man doch darauf bestehen, daß ganz bestimmte feste Richtlinien und Bedingungen unter Mitwirkung der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften festgelegt werden, die eine Enttäufung auf alle Fälle ausschließen. Man muß immer berücksichtigen, daß gerade in der Landwirtschaft die Maßnahmen des einzelnen Erzeugers nicht so leicht unter ständiger Kontrolle gehalten werden können, wie ja auch die Erfahrungen der allerneuesten Zeit wieder zeigen, daß selbst landwirtschaftliche Genossenschaften sich nicht scheuen, die Marktlage diesseits und jenseits der Grenze egoistisch-privatwirtschaftlich auszunutzen, ohne zu bedenken, daß die Erregung der dadurch geschädigten Verbraucherkreise sich dann gegen die gesamte Landwirtschaft richtet. Das geplante landwirtschaftliche Hilfswerk, dem man das Mäntelchen einer Wohltätigkeitsveranstaltung umhängen möchte, ist ebenso die selbstverständliche Pflicht zur Mitarbeit am Wiederaufbau und der Rettung der deutschen Wirtschaft wie die Leistungen der Industrie und der Arbeiterschaft bei anderen Gelegenheiten. Der Krieg und selbst die Nachkriegszeit haben gezeigt, daß man sich auf den noch so hoch und heilig beteuerten Gemeinsinn einzelner Interessentengruppen auf die Dauer nicht verlassen kann und daß vor allem klare und bindende Verhältnisse geschaffen werden müssen. Die Hebung des Ertrags der Landwirtschaft hängt natürlich von der ebenso dringlichen Neugestaltung einer ganzen Reihe auch aus anderen Gründen bedeutungsvoller wirtschaftlicher Fragen ab. Es spielen hier hinein Fragen des Eisenbahnverkehrs, der besseren Kohlenversorgung, des Kraft- und Stromerzeugnisses und nicht zuletzt Fragen der Arbeitsmarktpolitik. Augenblicklich besteht z. B. tatsächlich ein großer Mangel an ländlichen Arbeitern, da die Abwanderung nach den Städten und Industriebezirken eine mindestens ebenso große ist wie in manchen Hochkonjunkturjahren der Vorkriegszeit. Alle einschlägigen Vertreter der Wirtschaftslage sind sich aber darüber einig, daß ein Abflauen des Beschäftigungsgrades in der eigentlichen Warenherstellung ziemlich plötzlich eintreten kann. Ehe man daran denkt, den deutschen Arbeitsmarkt wieder mit hunderten tausenden ausländischer Arbeiter zu überschwemmen, sollte man kein Mittel unterjucht lassen, um die sehr bedenkliche Abwanderung aus der Landwirtschaft nach der Industrie einzudämmen, und durch rechtzeitige Hebung der Produktion und des Absatzes landwirtschaftlicher Maschinen den Mangel an menschlichen Arbeitskräften auszugleichen. Die Landwirtschaft hat es bis zu einem Grade selbst in der Hand, sich ihren Arbeiterstamm zu erhalten, sofern sie nur für entsprechende Arbeits- und Lebensbedingungen sorgt. Man sollte sich darüber klar sein, daß es für die unstrittig großen Massen Papiergeld, die sich in den letzten Jahren in der Landwirtschaft angeammelt haben, kaum eine bessere und sichere Anlage gibt, als die Herstellung von Arbeiterwohnungen und die Anschaffung von Maschinen und Geräten. Ferner sollte die Landwirtschaft Wert darauf legen, in möglichst enger Fühlung mit den eigentlichen Verbraucherkreisen und deren Organisationen zu stehen, statt, wie es leider nur zu oft geschehen ist, die Erzeugnisse für einen verhältnismäßig geringen Mehrgewinn den im Lande herumreisenden Kartoffel-, Getreide- und Butterhändlern zu überlassen. Die deutsche Landwirtschaft ist auf Gedeih und Verderb mit dem gesamten deutschen Volke verbunden und sollte deshalb aus einem wohl verstandenen Egoismus heraus an der Ausschaltung des Schieberstums mitarbeiten. Daß in dieser Beziehung nicht immer der rechte Blick für die Absichten der Auffäufer vorhanden ist, erhebt aus der Tatsache, daß gerade mit deutscher Butter an der dänischen und holländischen Grenze ein schwunghafter Schmuggel getrieben wird. Während zur Zeit in Hamburg und Berlin in den letzten Wochen die Zufuhren holländischer Butter auf ein nie gekanntes Mindestmaß zurückgingen, wurden große Mengen dieser für die Volksernährung so wichtigen Ware in Automobilen über die dänische Grenze gebracht. Wo 170 bis 180 Mark für das Fund erzielt wurden. Derartige Vorgänge sind nur möglich, weil augenblicklich sich zu lange Ketten von Händlern zwischen die landwirtschaftlichen Erzeuger und die städtischen Verbraucher drängen, so daß eine Kontrolle über den Verbleib der Erzeugnisse kaum noch möglich ist. Aus diesem Grunde hat sich ja auch die amtliche Berliner Untersuchungskommission entschlossen, einstweilen die amtliche Notierung der Butter so lange einzustellen, bis befürchtete Maßnahmen getroffen sind, die Preisstreiberei zu verhindern. Es zeigt sich immer wieder, daß die Befugnisse unserer Wucherpolizei und die festgesetzten Strafen viel zu gering sind, um den Schiebern das Handwerk zu legen. Die Folge ist eine Verschärfung der sozialen Gegensätze und das Entstehen einer Erbitterung in den Verbraucherkreisen, die sich in vielen Fällen nicht gegen diejenigen entladen kann, durch deren Schuld die Lebensmittel verschoben wurden, da man diese Elemente nicht feststellen und fassen kann. Wen der Geistesmarche allein darf man sich allerdings keinen allzu großen Erfolg versprechen, denn die wirksame Durchführung der Gesetze erfordert gerade auf diesem Gebiete einen besonders geschulten und großen und deshalb auch kostspieligen Beamtenapparat, dem der geringere und bewegliche Schieber erfahrungsgemäß immer noch ein Schnippchen schlägt. Nur enger Zusammenfluß der Konsumenten zu festen Organisationen und deren Hand-in-Hand-arbeiten mit den entsprechenden Organen der Erzeuger verhilft einen Erfolg auch auf lange Sicht und erleichtert den amtlichen Stellen den Nachblick über die tatsächliche Lage.

**Kosten des Nahrungsmittelaufwandes.** Während die amtliche Großhandelsindexziffer im Monat April eine Steigerung um 17 Prozent gegen den Vormonat aufweist, sind die Lebensmittelpreise im Kleinhandel gleichzeitig wesentlich stärker, nämlich um 31,8 Prozent gestiegen. Auf Grund der Statistik von 200 deutschen Blähen berechnet H. Calwer die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie im April 1922 auf 1026,77 Mark gegen 778,96 Mark im Vormonat. Seit September 1921 hat sich die Indexziffer rund verdoppelt, gegen April v. J. nahezu verdreifacht. Im Vergleich zur Vorkriegszeit ergibt sich ungefähr eine 42fache Steigerung. Die Teuerung tritt dort am stärksten auf, wo valutastarke Ausländer, z. B.

Verfassungstruppen mit ihren Angehörigen, in größeren Mengen als Käufer aufzutreten.

Der deutsche Arbeitsmarkt im Mai 1922. Soweit sich die Gesamtfrage des deutschen Arbeitsmarktes nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die erste Hälfte des Monats Mai beurteilen läßt, ist eine weitere Besserung ungewisselhaft eingetreten. Nach den für 375 Städte (über 10 000 Einwohner) vorliegenden Meldungen betrug die Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbslosen am 6. Mai 46 271 gegen 49 791 Ende April. Von den jetzt noch vorhandenen Arbeitslosen entfielen rund 33 000 auf Groß-Berlin, Breslau, Hamburg, Kiel und München, der Rest von 13 000 Erwerbslosen verteilt sich auf das ganze übrige Deutschland. In den westlichen und südwestlichen Industriegebieten kann von einer nennenswerten Arbeitslosigkeit kaum noch die Rede sein. Die flotte Konjunktur erstreckt sich auf fast alle Gebiete der Warenherstellung. Sie wird nach wie vor stark gehemmt durch den anhaltenden Rohstoffmangel. Um diesem entgegenzuwirken, suchen die Landesarbeitsämter der Bergbaubezirke gelernte und ungelernete Arbeitskräfte heranzuziehen. Dies ist natürlich nicht leicht, da gerade für die Vergabe nur besonders gesunde und kräftige Personen in Frage kommen, für die sich augenblicklich auch anderwärts lohnende Beschäftigung findet. Auch der anhaltende Rohstoffmangel hat verschiedentlich zu Betriebseinsparungen geführt, so zum Beispiel in der Metallindustrie Mitteldeutschlands und Westfalens. Im Zusammenhange mit der Konkurrenz von Genua macht sich ziemlich allgemein ein Nachlassen der Auslandsaufträge bemerkbar, das vorläufig den Beschäftigungsgrad noch nicht ungünstig beeinflusst, weil außerhalb noch große ältere Auftragsbestände aufzuarbeiten sind. Ziemlich ungünstig liegen die Arbeitsmarktverhältnisse in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. An Hauspersonal besteht besonders in den Grenzgebieten starker Mangel, da zahlreiche weibliche Hausangestellte in die benachbarten Länder mit besserer Valuta abwandern.

Ein mißglückter Sanierungsversuch. Als Anfang Dezember 1921 seit langer Zeit das erste Gewitter über die deutschen Börsen hereinbrach und die Kurse der führenden deutschen Industriepapiere innerhalb weniger Stunden auf die Hälfte ihres bisherigen Standes zurückgingen, fragten sich die zahlreichen Neulinge der Spekulation, die bis dahin einen derartigen Sturz nicht für möglich gehalten hatten, warum denn eigentlich die Banken bei diesem großen Abschlachten untätig beiseite standen und gar keine Miene machten, die Situation zu retten. Inzwischen sind nahezu sechs Monate vergangen und es haben sich bei den Banken aus den fortgesetzten Kapitalerhöhungen der Industrie um heimlich große Bestände an jungen Aktien angeammelt. Außerdem zeigte sich bei den Großbanken selbst ein sehr dringlicher Kapitalbedarf, der ebenfalls bei vielen eine Zuanpruchnahme des Geld- und Effektenmarktes notwendig macht. Infolgedessen setzte in der vergangenen Woche an der Berliner Börse eine sogenannte Stützungssaktion der Großbanken ein, d. h. einige führende Institute traten auf den verschiedenen Märkten als Käufer auf und suchten durch ihr Beispiel der Spekulation Mut und Vertrauen in die Börsenlage einzuflöschen. Es zeigte sich jedoch, daß ein gebrautes Kind das Feuer scheut und daß der Schreck von jenem demütigen „schwarzen Donnerstag“ im Dezember in weiten Kreisen noch nicht überwunden ist. Die Stützungssaktion blieb wirkungslos, denn die gesamte private und berufsmäßige Spekulation blieb untätig und benutzte höchstens hier und da die etwas gebesserten Kurse, um einen Teil ihres Effektenbesitzes abzustoßen. Diese Vorgänge sind weit über die Bant- und Börsenkreise hinaus von Bedeutung, denn sie erschweren der augenblicklich noch gut beschafften Industrie die Beschaffung von Betriebskapital und den Ausbau und die Modernisierung ihrer technischen Anlagen. Man fragt sich unwillkürlich, wer es eigentlich war, der Anfang Dezember vorigen Jahres dem Effektenmarkt jenen schweren Schlag versetzte, dessen Wirkungen heute noch in der gesamten deutschen Wirtschaft sichtbar sind. Die Urheber sind in den gleichen Kreisen zu suchen, die im Sommer vorigen Jahres in der Stimmungsmache für das Börsenspiel sich nicht genug tun konnten und ihre Niese sogar in den weniger kapitalkräftigen Bevölkerungsschichten auswarfen.

### Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Die Basalt-W.-G. in Ring a. Rh. wird der am 29. Mai zusammengetretenen Hauptversammlung nach Berichten aus den Fachzeitschriften „die Verteilung von 20 Prozent Dividende auf das jetzige Stammkapital von 45 Millionen Mark vorschlagen (gegen 16 Prozent auf 25 Millionen Mark im Vorjahre). Dem Arbeiterunterstützungsbestand sollen 500 000 Mark und dem Beamtenversicherungsbestand 700 000 Mark überwiesen werden. Die Abschreibungen betragen 12 438 678 M. (Vorjahr 6 384 269 M.). Der Reingewinn 14 588 895 Mark (Vorjahr 6 695 157 M.). Die Gesellschaft hat sich in jüngster Zeit an einer Reihe inländischer und ausländischer Gesellschaften beteiligt; auch sind die früher schon in Aussicht genommenen Bauten bereits weit gefördert. Zur Verteilung der aus diesen Gründen entstehenden großen Aufwendungen an neuen Betriebsmitteln wird die Ausgabe von 30 Millionen Mark neuen Aktien vorgeschlagen. Den Aktionären ist ein Bezugsrecht vorbehalten von einer neuen Aktie auf drei alte Aktien zum Kurse von 300 Prozent, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1922. Die dann noch übrigen 13 Millionen Mark Aktien bleiben zur Verfügung von Vorstand und Aufsichtsrat für neue Geschäfte. Das Aktienkapital der Gesellschaft wird alsdann, nachdem die früheren Vorzugsaktien von 5 Millionen Mark auch in Stammaktien umgewandelt wurden, 80 Millionen Mark betragen. Die bisherigen Ergebnisse im neuen Geschäftsjahr werden als sehr befriedigend bezeichnet.

Die Hohburger Quarz-Porphyrwerke, W.-G. in Rödnitz bei Wurzen haben in ihrer Generalversammlung am 18. März die Erhöhung des Grundkapitals um 1 500 000 M. in 1100 auf den Inhaber lautende Stammaktien und in 400 auf den Namen lautende Vorzugsaktien über je 1000 M. zerfallend, mithin auf 3 400 000 M. beschlossen. Die Erhöhung des Grundkapitals ist mittlerweile erfolgt.

Steinwerke W.-G. in Grimma. Ein neues Unternehmen wurde bereits handelsgerichtlich eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist die Erwerbung und Ausbeutung von Steinbrüchen, die Ausföhrung von Steinbildhauerarbeiten, der Verkauf der Erzeugnisse und der Betrieb aller Geschäfte, die zur Erfüllung dieses Zweckes dienen oder sich auf diese Zwecke beziehen. Das Grundkapital beträgt 1 200 000 M. Gründer sind ein Kaufmann, ein Hotelier, ein Oberleutnant A., ein Fabrikbesitzer, ein Postsekretär. Diese Herren haben sämtliche Aktien zum Wert von 105 Proz. übernommen. — Vielleicht haben die Genannten zuviel Geld, vielleicht auch eine gute Nase, soweit Reparationslieferungen in Frage kommen. Ein Bedarf an dieser Gründung liegt jedenfalls nicht vor und jeder Sachverständige aus der Natursteinindustrie hätte bei Befragung auf alle Fälle abgeminkt. Volkswirtschaftlich betrachtet ist es eine Verzerterung und Vergeudung von Mitteln, die besser angewandt werden können.

Soziales. Tuberkulose und Schwangerschaft. Da die Tuberkulose die Ursache des Proletariats ist und das Proletariat den größten Kindersegen aufweist, so sind die Zahlen von proletarischem Interesse, die Dr. Scherer in der Münchner med. Wochenschrift über die Beziehung zwischen Tuberkulose und Schwangerschaft bringt. Von den beobachteten tuberkulösen Schwangeren konnte nur bei 7 Prozent eine Verschlimmerung des Lungenleidens während Schwangerschaft oder Wochenbett festgestellt werden. Dagegen wirken häufig und rasch aufeinanderfolgende Schwangerschaften bei tuberkulösen Frauen nicht selten ungünstig auf den Verlauf der Tuberkulose ein.

Unfallkunde. Im August v. J. sollte der 4. internationale Unfallkongress in Zürich stattfinden, der aber nicht zustande kam, weil die französischen geübten Ärzte erklärten. Daß ein solcher Kongress auch für die nächsten Jahre nicht wahrscheinlich ist, die Unfallkunde aber nach den schädigenden Wirkungen des Krieges be-

sonders wichtig ist, ist die Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Unfallkunde“ angeregt worden. Es sollen alljährlich Kongresse abgehalten werden. Der Gedanke ist von den beteiligten Kreisen mit Beifall aufgenommen worden.

Periodische Untersuchungen. Nachdem Meißner zuerst den Gedanken einer periodischen Untersuchung gesunder Rassenmitglieder (jährlich ein- bis zweimal) angeregt hat und nachdem der Gedanke bei der Kruppischen Betriebskrankenkasse, wie wir berichteten, in die Tat umgesetzt worden ist, wird er jetzt von Hanauer wieder in der Berliner klinischen Wochenschrift erörtert. Daß derartige Untersuchungen große finanzielle Opfer erfordern, ist gewiß, aber schließlich werden sich diese Kosten sicherlich als rentabel erweisen. Es wird lehrreich sein, zu welchem Ergebnis die Kruppische Betriebskrankenkasse kommen wird.

Krankheiten und Jahreszeiten. Der Einfluß der Jahreszeiten auf die Krankheitshäufigkeit ist vielfach beobachtet worden, doch sind die Ursachen immer noch wenig aufgeklärt. Neuzere, zumal klimatische Einflüsse kommen vor allem für die Infektions- und Gefäßkrankheiten in Betracht. Eine größere Anzahl von Krankheiten zeigt, wie Dr. Rufshaf-Pest im Wiener Archiv für innere Medizin schreibt, eine jährlich zweimalige Häufung (Frühjahr und Herbst), so die Tuberkulose, die Rheumatismen und Neurosen. Andere Krankheiten häufen sich im Frühjahr, wie Geisteskrankheiten, Gicht, Herzfehlerbeschwerden, und wieder andere im Herbst: Mithra, Hirnblutungen. — Nur eine Sorte von Krankheiten verteilt sich auf das ganze Jahr, das sind die Verfallsleiden, die nicht mit Klima und Jahreszeit zusammenhängen, sondern mit der Wirtschaftsordnung.

Unfallgefahr. Eine Analyse der besonders aufgemachten Unfallstatistiken der Thüringischen Vaugewerksberufsgenossenschaft vom Jahre 1920 ergab, daß von 930 gemeldeten Unfällen 244 den Verunfallten selbst zur Last fallen, 56 den Mitarbeitern, 32 den Betriebsunternehmern, 24 der Verunfallten von Betriebsunternehmern, während 571 auf allgemeine Betriebsgefahren zurückzuführen waren. Dr. Quack verlangt deshalb im Zentralblatt für Gewerbehygiene eine richtige Anweisung durch Unternehmer, die vielfach zu gleichgültig seien, vor allem eine Aufklärung durch die Betriebsbeamten und ferner systematische Erziehung durch die Schule.

Wachstum und Ernährung. Aus statistischen Angaben, die Prof. Dr. Schlegelinger in der Münchner med. Wochenschrift bringt, ergibt sich, in wie innigem Zusammenhang Wachstum und Ernährung stehen. Zur Zeit des tiefsten Standes betrug der Rückstand gegenüber den Durchschnittswerten aus normalen Friedenszeiten in den einzelnen Altersstufen 3 bis 5 Zentimeter; der Gewichtsrückgang infolge des Krieges schwankte bei den jüngeren Altersklassen zwischen 2 und 3, bei den älteren zwischen 4 und 5 Kilogramm. Die Messungen und Wägungen an der höheren Mädchenschule in Frankfurt a. M. fielen dagegen ganz anders aus, weil es sich da um Kinder von verknüpfenden Eltern handelte.

**Jeder Steinarbeiter, der Anspruch auf die Bezeichnung „Kollege“ erhebt, erkundigt sich vor der Arbeitsaufnahme an einem fremden Ort oder bei einer anderen Firma an seinem augenblicklichen Wohnort über die Entlohnungs- und den Arbeiter berührenden sonstigen Betriebsverhältnisse!**

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

- Folgende Zahlstellen haben bis zum 23. Mai die Abrechnungen des 1. Quartals noch nicht eingesandt:
1. Gau: Gollnow.
  2. Gau: Landeck, Grünberg.
  3. Gau: Weimar.
  4. Gau: Münchebagen, Volkmarfen.
  5. Gau: Bonn, Neanderthal, Steeden, Wilsrath.
  6. Gau: Schweikweiler.
  7. Gau: Bamberg.
  8. Gau: Weilmünster, Wiesbaden.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Hofernühle wurden Fritz Grebe, August Blischewski und Adolf Rohmann wegen Durchbrechung des Maßfeierbeschlusses ausgeschlossen.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Hannover. Die Kollegen Adolf Wedemeyer, geboren am 20. 10. 1902 und Helmut Mellich, geboren am 2. 6. 1897, beide in Berlin, sind hier abgereist und haben ihre Interimskarte in größter Anordnung zurückgelassen. Die Zahlstellen mögen dieses beachten. Otto Brunotte, Kassierer.

Naumburg. Der Pfastersteinmacher Joseph Weber ist von hier abgereist und hat seine Verbandspapiere in Unordnung zurückgelassen. Er hat in unserm Zahlstellenbereich viele Kollegen geschädigt, ebenfalls solche von der Zahlstelle Kappelrodeck, was auch im „Steinarbeiter“ Nr. 13 gestanden hat. Weber reist auf falschen Namen: Penz oder Wendel. Weber wird besprieher mittelgroß, hat roten Schnurrbart, eine Glatze und an der linken Hand fehlt ihm der vierte Finger, er spricht bairischen Dialekt. Bitte alle Kollegen und Zahlstellenverwaltungen, wenn dieser „Kollege“ auftaucht, in sofort der Polizei zu übergeben. Weber hat angegeben, daß er in Ruhmannsfelden (Wahner) geboren sei, es beruht aber auf Unwahrheit; vielleicht hat er sich nach Bayern gewandt, darum Vorsicht! Johann Eijer, Vorsitzender.

### Adressenänderungen.

- 6. Gau. Tiefenstein. Vorf.: Georg Zwinl.
- 7. Gau. Dillingen. Vorf. u. Kass.: Friedrich Kächele, Frühlingsstr. 1. Kringsall, Post Gutthurm. Vorf.: Josef Niede, Sadereuth, Post Büchlberg. Kass.: Max Brunner, Kringsall, Post Gutthurm.
- 8. Gau. Grünsfeld. Kass.: Adam Müller.
- Süllesheim (Eifel). Vorf.: Math. Karbach, Bismarckstr. 36.

### Briefkasten.

A. Sch., Altenglan. Die Ausnahme am 1. Januar war nur deshalb, um einen Uebergang zu schaffen. Tritt im weiteren Verlauf des Jahres durch Lohnerhöhung eine Beitragserhöhung in den einzelnen Zahlstellen in Kraft, dann gelten im Unterstützungsfall die statutarischen Bestimmungen. § 4 Absatz 6. Für künftige Fälle richtet es sich nach den neueren Beschlüssen des Verbandstages.

Dr. Diese Unternehmungen sind heute fast alle eingegangen. In Bonn war früher eine solche Fabrik. Nähere Adresse ist nicht nötig. — Beide sind noch nicht unter der Haube. Das andere werde ich schon übersehen. Besten Gruß.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Neuordnung der Sozialversicherung. Von Helmut Lehmann, Dresden. Vortrag, gehalten auf der 1. Tagung des Wfa-Bundes in Düsseldorf. Preis 6 M.; für Mitglieder der WGB- und Wfa-Organisationen 3 M.

„Arbeit und Wohlfahrt“, Mitter der hamburgischen Behörden Wohlfahrtsamt und Arbeitsamt. Nr. 5 dieser Zeitschrift ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Umschulung Erwerbsloser in Hamburg, v. G. Eifenbarth. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten v. Dr. med. W. Knack. Die Kinderfürsorge des Wohlfahrtsamtes im Jahre 1921 von Dr. F. Wolter. Jugendliche Ausreißer von Karl Lerbs (Hamburg). Der amtliche Teil bringt neben anderm eine vergleichende Tabelle der Lebenshaltung und Löhne im Monat April und einen Rückblick über den hamburgischen Arbeitsmarkt im April 1922. Die Zeitschrift ist bei der Geschäftsstelle des Arbeitsamtes zum Jahresabonnement von 18 M., oder in Einzelnummern zu beziehen.

Betriebsräte im Aufstiegsrecht (Heft 12 der Betriebsräte-schriften) von Clemens Körpel. Verlagsgesellschaft des MDGW, Berlin SO 16, Engelshufer 24, 28 Seiten, Preis 7.50 M.

Die Fortbildung des Arbeitsrechts von Prof. Dr. Hugo Einzhaimer, Frankfurt a. M. Vortrag, gehalten auf der ersten Tagung des Wfa-Bundes in Düsseldorf. — Preis 8 M.; für Mitglieder der WGB- und Wfa-Organisationen 4 M.

Volkswirtschaftliche Vorträge. Von Dr. Alfred Striemer. Verlagsgesellschaft des MDGW, Berlin SO 16, Engelshufer 24. Als Manuskript geändert. 38 Folienseiten. Ladenpreis 24 M., für Organisationsmitglieder 12 Mark. Preis des Textbuches 8 M., für Organisationsmitglieder 5.50 Mark.

Wirtschaftliches Denken betitelt sich ein Lesebuch, das der Schriftleiter der Betriebsrätezeitung, Dr. Alfred Striemer, aus seinen Veröffentlichungen zusammengestellt hat. Diese 18 Aufsätze, die die Schrift enthält, beziehen sich auf die verschiedensten Wirtschaftsprobleme, die heute im Vordergrund der Diskussion stehen und bilden eine Ergänzung zu den 6 volkswirtschaftlichen Vorträgen, die ebenfalls die Verlagsgesellschaft des MDGW in Berlin herausgegeben hat. Die 96 Seiten starke Broschüre kostet im Buchhandel 15 Mark. Mitglieder von Gewerkschaften erhalten sie zum Vorzugspreise durch ihre Organisationen.

„Die sozialistische Gemeinde“, Kommunalpolitische Zeitschrift der WGB, erscheint monatlich zweimal. Einzelnummer 2 M., vierteljährlich 12 M. Verlag: W. Dittmann, Berlin C 2, Breite Straße 8-9. Nr. 8 ist kürzlich erschienen. Die Zeitschrift ist inhaltlich gut ausgestattet und für Kommunalpolitiker eine Informationsquelle.

### Berjammlungs-Anzeige.

Sonntag, 11. Juni, nachmittags 2 Uhr, in Sternensfels, Gasthaus zum Lamm Bezirksversammlung für die Zahlstellen: Mühlabach, Sulzfeld, Rürbach, Maulbronn, Freudenstein, Verdingen, Ohlenburg und Pfaffenhofen. Tagesordnung: Bericht vom Verbandstag-Leipzig.

### Anzeigen

Berlin. Donnerstag, den 1. Juni, nachm. Punkt 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, Versammlung der Bau- u. Grabmalbranche. — Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission und Stellungnahme dazu. 2. Verschickenes. — Es muß jeder Kollege in dieser Versammlung anwesend sein. Die Ortsverwaltung.

Diegler's Schriftenschnerei Gießen (Sachsen), Lieder Straße 37. Lehr- und Schriftmuster 50 Mark.

Walter Tauch, Niederoderwis (Sa.). empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährte Lederhosfen Angabe der Bundweite und Schrittlänge genügt für guten Sitz. Musterverkauf zur Zeit unmöglich.

Wehrs Steinbaurbürsten, Rehbach-Bleisilte. Zur Ausnutzung der hohen Portokosten ist die Bestellung eines größeren Quantums zu empfehlen (Büchstellenschnerei) beim Kol. Georg Wehr, Steinmetz, Neustadt a. Rhod. (Bayern).

Junger Werkzeugschmied sucht sofort Stellung. Angebote unter J. Veit, Mannheim H. 6. 2.

Steinmetzen auf Meißelberger Sandstein (Bauarbeit) für dauernde Arbeit gesucht. Fritz Schöneberg, Altenhagen i. b. Springe.

Steinmetzen, 2 Arbeiter, stellt gegen hohen Lohn sofort ein. Grotenburger Sandsteinbrüche, Karl Meier & Sohn, Deimold i. Lippe.

Grabbsteingehäuse ohne Fachmann sucht perfekt. Schriftshauer, der auch entwirft. Dauerhaft. Etwa 23. 45 M. Heinrich Sudemann, Offenbach 45 M. Förde (Schleswig-Holstein).

Wir stellen sofort ein: 40-50 Granitsteinhauer u. Spalter für unseren Betrieb in Blasinad b. Schluchsee, Etat. Titisee, usw.

15-20 Granitsteinhauer u. Spalter für unseren Betrieb in Pfaffenberg, Station Zell i. Wiesental (Baden). Tariflohn (s. Zt. 24.05 M.), bei zufriedentstellender Leistung Zulage. Kost u. Wohnung beim Steinbruch vorhanden. Meldung bei Granit- u. Marmorindustrie G.m.b.H., Freiburg i. Br., Sternwaldr. 38.

Tüchtige Schärfschmiede werden für größeres Werk der Steinindustrie Nordbayerns gesucht. Wohnung evtl. vorhanden. Vereinigte Fichtelgebirgs-Granit-, Syenit- und Marmorwerke, Aktien-Gesellschaft, Wunsiedel (Bayern).

4-6 Steinhauer für Sandstein sofort gesucht. Reife Kolonnen werden nach 6 Wochen vergütet. Tarifliche Bezahlung. C. Kaiser & Söhne, Schnelldorf, Bahnhofsplatz, Altenhagen-Craibheim.

Habe meine ärztliche Praxis von Theisberg nach A. u. F. verlegt. Sprechstunden: 10-12, 30 Uhr vorm. Fernsprecher: Nr. 83, Amt Kusel.

Dr. med. K. Riedel, Kusel (Pfalz), Eisenbahnstraße 60.

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

Volkspflege Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungsveranstaltungsgesellschaft Hamburg 5.

### Gestorben.

- Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingetragen werden.)
- In **Maven** am 25. April der Steinmetz **Peter Ternes**, 44 Jahre alt, Lungentuberkulose.
  - In **Uckerath** am 1. Mai der Dreher **Matth. Hansener**, 29 Jahre alt, Herzleiden.
  - In **Nürnberg** am 7. Mai der Sandsteinmetz **Johann Raftvogel**, 42 Jahre alt, Verblähmung.
  - In **Seuzen** am 15. Mai der Hilfsarbeiter **Johann Brummer**, 51 Jahre alt, Unfall.
  - In **Berlin** am 15. Mai der Sandsteinmetz **Gustav Klaat**, 34 Jahre alt, Lungentuberkulose.
  - In **Zimhein** am 16. Mai der Hilfsarbeiter **Oskar Ruf**, 16 Jahre alt, Wasserfucht.
  - In **Crottendorf** am 17. Mai der Dreher **Adolf Weißfog**, 51 Jahre alt, Lungentzündung.
  - In **Edenstetten** am 17. Mai der Hilfsarbeiter **Ludwig Schnelldorfer**, 34 Jahre alt, Lungentuberkulose.
  - In **Kaiferslautern** am 17. Mai der Dreher **Johann Hager**, 53 Jahre alt, Unfall im Beruf. (Den Kollegen traf das tragische Geschick an seinem Geburtstag.)
  - In **Carlshafen** am 18. Mai der Steinmetz **Conrad Müller I**, 54 Jahre alt, Blutsturz.
- Ghre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.